

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG**

GZ 10 072/296-1.13/89

II-9554 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Privatisierung der Wartungsarbeiten  
an Kampf- und Bergefahrzeugen des  
österreichischen Bundesheeres;

Anfrage der Abgeordneten Dr. Gugerbauer  
und Genossen an den Bundesminister für  
Landesverteidigung, Nr. 4463/J

4379 IAB

1989 -12- 27

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates

zu 4463 IJ

Parlament  
1017 Wien

In Beantwortung der seitens der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Gugerbauer und Genossen am 9. November 1989 an mich gerichteten Anfrage Nr. 4463/J beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Den Anfragestellern müßte eigentlich bekannt sein, daß das Bauvorhaben "HZA Klagenfurt" auf Grund der völlig überalterten und sicherheits-technisch absolut unzureichenden Bausubstanz ein jahrzehntelanges Anliegen der zuständigen Stellen des Bundesministeriums für Landesverteidigung ist. So hat sich am 18. November 1983 auch der damalige Bundesminister Dr. Frischenschlager von der Notwendigkeit eines Neubaues überzeugt; das Bauvorhaben wurde in weiterer Folge (Planungsdokument vom 1. Oktober 1984) erstmals in die Bauprogrammplanung des damaligen Bundesministeriums für Bauten und Technik aufgenommen.

Unrichtig ist die Behauptung, die Heereszeuganstalt Klagenfurt solle als "Zentralwerkstätte unter anderem der Wartung sämtlicher heimischer Schützenpanzer dienen". Die Baumaßnahmen in der Laudon-Kaserne in Klagenfurt bezwecken vielmehr neben der Neuerrichtung eines großen Teiles der Heereszeuganstalt vor allem die räumliche Zusammenführung der bisher in verschiedenen Arealen getrennt untergebrachten Organisationselemente der Heereszeuganstalt selbst, des Heeresfeldzeuglagers und der Heeresversorgungskompanie(Ausbildung)2. Dadurch können einerseits ökonomische Abläufe sichergestellt werden und

andererseits bautechnische Sicherheitsmängel, deren Beseitigung seit Jahren in den ressortinternen Inspektionsberichten - insbesondere aber auch durch das Arbeitsinspektorat - gefordert wird, behoben werden. Bereits im Jahre 1983 wurde befunden, daß allein die durch die erwähnte Zusammenführung erzielbare höhere Wirtschaftlichkeit der Abläufe etwa der Abschreibung über eine zugrundezulegende Nutzungsdauer von 50 Jahren entspricht.

Hinsichtlich der Kritik der Anfragesteller am Abbruch von drei Objekten - vier bestehende werden bekanntlich weiterverwendet - ist zu bemerken, daß es sich hiebei um Ziegelrohbauten handelte, die nicht isoliert und teilweise auch nicht heizbar waren; sie wären selbst im Falle einer Verwendung als Lager jedenfalls baulich generalzusanieren gewesen. Gemäß einer Bauaufwandschätzung hätte der Kostenaufwand hiefür rund 80 % jener Kubatur betragen, die nunmehr errichtet wird, ohne allerdings damit eine Standortbereinigung zu ermöglichen.

Was die unter Berufung auf nicht näher bezeichnete Wehrexpererten "aus strategischer Warte" als problematisch bezeichnete Standortfrage betrifft, ist zu bemerken, daß eine abseits der Masse der friedensmäßigen Bedarfsträger im Zentralraum situierte Heereszeuganstalt für einen Teil der möglichen Fälle operativ - nicht, wie behauptet, strategisch - wohl günstiger läge, im Hinblick auf die diesfalls zwei bis dreimal so großen Transportentfernungen aber einen wesentlich höheren Betriebsaufwand zur Folge hätte; überdies ergäbe sich das Problem der Transferierung des bisherigen bzw. der Gewinnung geeigneten neuen Personals.

Selbstverständlich wurden schon bisher - und nicht erst aus Anlaß der Baumaßnahmen für die HZA Klagenfurt - Rentabilitätsberechnungen im Sinne der vorliegenden Anfrage angestellt. Unter Zugrundlegung einer Vollkostenrechnung, also einschließlich der sog. Overhead-Kosten, betragen die Aufwendungen für eine Produktivstunde für die Instandsetzung von Räder- oder Kettenfahrzeugen in einer Heereszeuganstalt 354,- öS. (Zur Ermittlung dieser Kosten wurde für die HZA ein nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen erstellter

- 3 -

"Betriebsabrechnungsbogen" eingeführt.) Im Falle der Fremdvergabe von Instandsetzungsaufträgen sind im österreichischen Durchschnitt 488,-- öS (Preisbasis jeweils 1988) zu bezahlen.

In diesem Zusammenhang mag es interessieren, daß im Jahre 1988 allein im Kraftfahrzeug- und Kettenfahrzeugbereich rund 240.000 Arbeitsstunden bei Betrieben der österreichischen Wirtschaft "eingekauft" wurden; einschließlich der bei diesen Reparaturen anfallenden Materialkosten wurden hiefür ca. 200 Mio öS bezahlt. Der Grund für diese "Fremdvergabe" lag aber nicht etwa in einer mangelnden Konkurrenzfähigkeit der eigenen HZA, sondern ausschließlich darin, daß die eigene Kapazität sinnvollerweise nur auf einen bestimmten Basisbedarf ausgerichtet ist.

Abschließend soll nicht unerwähnt bleiben, daß das Neubauvorhaben im Rahmen der HZA Klagenfurt als erstes Bauvorhaben des Bundesministeriums für Landesverteidigung dem interministeriellen Genehmigungsverfahren nach den "Richtlinien für die Vorbereitung und Durchführung von Vorhaben sowie für die Erfolgskontrolle, Bereich: Bundeshochbau" unterzogen wurde; dies bedeutet, daß das gegenständliche Bauvorhaben auch interministeriell einer Wirtschaftlichkeitsprüfung unterzogen wurde.

Im einzelnen beantworte ich die vorliegende Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Wie meinen vorstehenden Ausführungen zu entnehmen ist, wurden und werden Rentabilitätsberechnungen im Sinne der Fragestellung laufend angestellt. Es ist belegbar, daß die Heereszeuganstalten derzeit im Vergleich zu privaten Leistungserbringern in der Regel kostengünstiger arbeiten. In jenen Fällen, in denen private Unternehmen - etwa auf Grund ihrer Spezialisierung - Kostenvorteile bieten, werden Aufträge an zivile Unternehmen vergeben; dies gilt auch dann, wenn die eigene Kapazität nicht ausreicht.

- 4 -

Zu 2:

Unbeschadet der erwähnten bisherigen Ergebnisse auf diesem Gebiet werden Möglichkeiten einer allfälligen weiteren Privatisierung von Materialerhaltungstätigkeiten, wie sie etwa von der Steyr-Daimler-Puch Spezialfahrzeug Ges.m.b.H entriert wurden, eingehend geprüft. Aus Gründen der Gleichbehandlung, aber auch zur Herstellung einer ausreichenden Wettbewerbssituation sind in diese Prüfung auch andere Bewerber einzubeziehen. Diesem Wettbewerb werden sich auch die Heereszeuganstalten selbst zu stellen haben.

21. Dezember 1989

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized 'M' or a similar character, is written over the date.